Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 76 (2005)
Heft: 4

Artikel: Gesundheitspolitik in der Sackgasse
Autor: Bortoluzzi, Toni
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-805199

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Kolumnistin ist frei in der Wahl der Themen. Der Inhalt muss nicht zwingend mit den Verbandsinteressen übereinstimmen.

Gesundheitspolitik in der Sackgasse

Toni Bortoluzzi, SVP-Nationalrat

Die Meldungen, wonach Staat, Bund und verschiedene Kantone Massnahmen zu Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen ergreifen, mehren sich. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Sind aber die angekündigten und bereits in Kraft gesetzten Massnahmen zur Verbesserung auch zweckmässig? Unter dem Titel staatlicher Planung werden Regionalspitäler geschlossen. Privaten Einrichtungen wird der staatliche Beitrag entzogen. Anderen Leistungserbringern wird die Schliessung ihrer Einrichtung angedroht. Der erstaunten Bevölkerung wird gesagt, die von der Schliessung betroffenen Einrichtungen seien unnötig und zu teuer, obwohl niemand je eine nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführte Rechnung, mit entsprechenden Vergleichen, gesehen hat. Auf Bundesebene wird ohne klare Konzepte am Krankenversicherungsgesetz herumgeflickt. Nebst der wachsenden finanziellen Belastung mit Verschiebungen zu begegnen, zum Beispiel Franchisen erhöhen und Prämienverbilligungsbeiträge korrigieren, ist keine griffige Massnahme in Sicht. In das Bild der undurchschaubaren staatlichen Planwirtschaft passt auch die Ankündigung einer geänderten Pflegefinanzierung. Die willkürlich anmutende Zerstörung von Strukturen im Gesundheitswesen, ohne Transparenz für die Stimmbürger, muss gestoppt werden.

Nachdem im Kanton Zürich Spitäler geschlossen wurden, sind beim Pflegepersonal in den verbleibenden Spitälern in den vergangenen vier Jahren 10 Prozent mehr, oder etwa 1500 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Die Patientenzahl wie auch die Zahl der Pflegetage haben sich in dieser Zeit etwa stabil gehalten. Es sind Beispiele, welche widersprüchlicher nicht sein könnten, und wenig Vertrauen erweckende Massnahmen in unser Gesundheitswesen. Dazu passen auch mir kürzlich vorgelegte Spitalrechnungen einer Patientin. Für eine notfallmässig verbrachte Nacht mit Untersuchungen und Medikamenten hat sie eine Abrechnung von 5844 Franken erhalten. Der einige Wochen später erfolgte vorbereitete Aufenthalt von zehn Tagen, mit operativem Eingriff, hat 12 309.20 Franken gekostet. Die Rechnung für den notfallmässigen Kurzaufenthalt ist schlicht nicht nachvollziehbar.

SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi

Transparente Finanzierung

Bevor mit weiteren staatlichen Korrekturen noch mehr Verunsicherung produziert wird, sollte für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes eine nachvollziehbare finanzielle Transparenz im Gesundheitswesen eingeführt werden. Spitäler, aber auch die Pflegeheime müssen nach wirtschaftlichen Kriterien, mit selbständigen, betriebsbezogenen Abrechnungen geführt werden. Das heisst, mit subjektbezogenen Rechnungen für die erbrachte Leistung sind sämtliche Kosten zu decken. Verzinsung, Abschreibung usw. gehören selbstverständlich wie alle Betriebsaufwendungen zu einer solchen Rechnung. Quersubventionierungen, welche nur die Kostenwahrheit vernebeln, sind abzuschaffen. Die Finanzierung der öffentlichen Hand muss fallbezogen und nicht wettbewerbsverzerrend erfolgen. Fairness gegenüber regionalen Interessen der Bevölkerung für ihre Spitäler und Heime kann nur mit Kostentransparenz hergestellt werden. Die Leistungsfähigkeit der Betriebe im Gesundheitswesen muss vergleichbar sein. Das Mitspracherecht der Bevölkerung kann dadurch gestärkt werden. In den vergangenen Jahren haben sich unter Druck der ungebremsten Prämien und Kostenentwicklung im Krankenversicherungswesen die Akteure gegenseitig die Schuld dafür zugeschoben. Das Schwarz-Peter-Spiel zwischen Versicherungen, Ärzten und Behörden in Kanton und Bund muss ein Ende nehmen. Das Gesundheitswesen ist ein Feld, in dem bewiesen werden könnte, dass innovative, zukunftsweisende Arbeit im Interesse der Versicherten, also uns allen, noch möglich ist. Zudem ist es in einer direkten Demokratie geradezu Pflicht, Transparenz zu schaffen. Es sind mit Gesetzesänderungen Voraussetzungen zu schaffen, welche es den Leistungserbringern ermöglichen, aufzuzeigen, welche qualitativ guten wirtschaftlichen Leistungen sie in der Lage zu vollbringen sind.